

Protokoll

7. a.o. Sitzung der Legislatur 2015-2019

Dienstag, 26. April 2016, 18.00 Uhr, im Seeparksaal

Vorsitz:	Parlamentspräsident Heinz Gygax	
Anwesend Stadtparlament:	27 Mitglieder	
Entschuldigt:	Bass Remo, CVP/EVP	Ferien
	Schöni Roland, SVP	Ferien
	Hiller Regina, FDP/XMV	
Anwesend Stadtrat:	Balg Andreas, FDP, Brühwiler Konrad, SVP, Gubser Peter, SP-Gewerkschaften-Juso, Hug Patrick, CVP	
Entschuldigt:	Züllig Hans-Ulrich, FDP	Ferien
Protokoll:	Evelyne Jung, Parlamentssekretärin	

Traktanden

- 7 / 1. Mitteilungen
- 7 / 2. Überarbeiteter Voranschlag 2016 der Stadt Arbon
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung
- 7 / 4. Fragerunde
- 7 / 5. Informationen aus dem Stadtrat

Präsident Heinz Gyga: Geschätzte Anwesende, Besucherinnen und Besucher, Parlamentsmitglieder und Stadtratsmitglieder, ich begrüsse sie zu dieser ausserordentlichen Parlaments-sitzung. Wir alle haben uns die Zeit genommen und uns nochmals intensiv mit dem Budget auseinandergesetzt. Der Weg ist das Ziel, sagte bereits Konfuzius und ich denke, unser Ziel ist es, einen gangbaren Weg mit Korrekturen für das Budget aufzuzeigen, damit wir aus dieser finanziellen Schieflage herauskommen.

Ich bitte die Parlamentssekretärin um den Namensaufruf.

Namensaufruf

Es erfolgt der Namensaufruf durch die Parlamentssekretärin Evelyne Jung.

Präsident Heinz Gyga: Ruth Erat und Cyrill Stadler kommen etwas später. Wenn sie dann anwesend sind, sind 27 Mitglieder anwesend. Remo Bass, CVP/EVP, Regina Hiller, FDP/XMV und Roland Schöni, SVP haben sich entschuldigt. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Wenn die anderen da sind, beträgt das absolute Mehr 14 Stimmen. Entschuldigt hat sich ebenfalls Stadtrat Hans-Ulrich Züllig.

Traktandenliste

Präsident Heinz Gyga: Sie haben die Traktandenliste rechtzeitig erhalten. Ich stelle diese zur Diskussion.

Die vorliegende Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

1. Mitteilungen

Unterlagen

Sie haben folgende Unterlagen erhalten:

Per A-Post:

Mit Versand 1 vom 5. April 2016

- Einladung mit Traktandenliste
- Überarbeiteter Voranschlag der Stadt Arbon 2016 mit den Anträgen des Stadtrats

Mit Versand 2 vom 13. April 2016:

- Bericht der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission betreffend überarbeiteter Voranschlag 2016
- Jahresbericht und Jahresrechnung 2015 mit Antrag des Stadtrats für die Parlaments-sitzung vom 21. Juni 2016

Per E-Mail am 15. April 2016:

- Parlamentsprotokoll der 6. Sitzung vom 22. März 2016

Das Protokoll der letzten Parlaments-sitzung ist seit dem 25. April 2016 im Internet aufgeschaltet und ist somit genehmigt.

Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro

Es sind keine parlamentarischen Vorstösse eingegangen.

Gemäss Art. 12 Einbürgerungsreglement besteht für die Einbürgerungskommission Informationspflicht gegenüber dem Stadtparlament über zu behandelnde Gesuche und gefasste Beschlüsse.

Ich bitte Dominik Diezi, Präsident der Einbürgerungskommission, um Mitteilungen aus der Einbürgerungskommission.

Dominik Diezi, Präsident Einbürgerungskommission: Seit der letzten Parlamentssitzung vom 22.03.2016 fand keine Sitzung der Einbürgerungskommission statt.

Bis zur nächsten Parlamentssitzung am 24.05.2016 ist ebenfalls keine Sitzung der EBK vorgesehen.

Pendenzen:

Aktuell liegen 4 pendente, behandlungsreife Gesuche von 10 Personen vor. Weitere 36 Gesuche von 62 Personen befinden sich im Vorprüfungsverfahren, im eidgenössischen Bewilligungsverfahren oder sind zurückgestellt.

Präsident Heinz Gygax: Besten Dank, Dominik Diezi, für die Informationen und der ganzen Kommission für die geleistete Arbeit.

Präsident Heinz Gygax: Bevor wir zu Traktandum 2 kommen, möchte ich schnell noch etwas zum Zeitplan sagen. Wir werden es so halten wie immer bei den Budgetsitzungen, dass wir nach dem Investitionsplan eine kurze Pause einlegen, damit die zwei Herren Vonlanthen und Egli die genauen Zahlen ermitteln können, danach machen wir weiter. Wir sind bestrebt, dass wir eine möglichst zügige Sitzung abhalten können und ich bitte alle, ihre Voten möglichst kurz zu halten.

2. Botschaft überarbeiteter Voranschlag 2016 der Stadt Arbon

Präsident Heinz Gygax: Inzwischen begrüßen wir Cyrill Stadler und Ruth Erat ebenfalls. Wir behandeln das Budget als Antrag des Stadtrats.

Vom Stadtrat liegen folgende Anträge vor:

1. Der Steuerfuss für das Jahr 2016 sei bei 76% zu belassen.
2. Der Voranschlag 2016 der laufenden Rechnung mit einem Aufwandüberschuss von 1'576'900 Franken sei zu genehmigen.
3. Die Investitionsrechnung 2016 mit Nettoinvestitionen von 6'124'000 Franken sei zu genehmigen.

Es liegt ihnen auch der Kommissionsbericht mit den Anträgen der FGK sowie den daraus resultierenden Zahlen vor.

Ich begrüsse zu diesem Traktandum Mischa Vonlanthen und Bernhard Egli von der Finanzverwaltung, welche in verdankenswerter Weise allfällige Änderungen elektronisch aufnehmen. Am Schluss der Beratung wird daher das Endergebnis direkt vorliegen.

Ich möchte sie darauf hinweisen, dass das Eintreten gemäss Art. 17 der Gemeindeordnung obligatorisch ist.

Das Wort zum **Eintreten** erteile ich zuerst Lukas Graf als Präsident der FGK.

Lukas Graf, Präsident FGK: Nach der Ablehnung des Voranschlags 2016 an der Volksabstimmung vom 28. Februar 2016 hat der Stadtrat umgehend mit der Überarbeitung des Budgets begonnen, sodass dieses bereits an der ordentlichen Urnenabstimmung vom 5. Juni 2016 der Stimmbevölkerung vorgelegt werden kann. Der enge Zeitplan war nicht nur für den Stadtrat und die Finanzverwaltung, sondern auch für die FGK eine Herausforderung.

Bereits zwei Tage nach Erhalt der neuen Botschaft traf sich die FGK am 8. April zur Besprechung des revidierten Budgets. Im Rahmen der FGK danke ich dem Stadtrat und den Mitarbeitenden der Verwaltung für deren ausserordentlichen Einsatz. Ein spezieller Dank gebührt auch diesmal Mischa Vonlanten für seine Unterstützung und die Flexibilität bei der Terminfindung.

Das Defizit verringert sich im neuen Budget um Fr. 829'700 auf Fr. 1'576'900. Angesichts der Verbesserungen von rund einer Million, die bereits in der Dezembersitzung vorgenommen werden konnten, ist dies eine beträchtliche Summe. Möglich war dies hauptsächlich aufgrund der zeitlichen Verhältnisse. Im Gegensatz zum ordentlichen Budgetprozess konnten alle Beträge mit den Vorjahreswerten verglichen und sogar die ersten Quartalszahlen des laufenden Jahres hochgerechnet werden. Dadurch konnte genauer, aber auch knapper budgetiert werden als sonst. Es ist deshalb sehr wahrscheinlich, dass die Rechnung 2016 gegenüber dem Voranschlag nicht mehr so viele Minderausgaben und Mehreinnahmen aufweisen wird, wie dies in der Rechnung 2015 bei vielen Positionen der Fall ist. Nicht nur viele Investitionsvorhaben, sondern auch zahlreiche Unterhaltsarbeiten in der laufenden Rechnung wurden auf die kommenden Jahre verschoben. Dies trägt zwar ebenfalls zur Reduktion des Budgetdefizits bei, allerdings fallen die Ausgaben später in mindestens gleichem Umfang an.

Mehr als die Hälfte der Einsparungen gegenüber dem ersten Budget wurde dann auch im Ressort Bau / Freizeit / Sport vorgenommen. Mit Ausnahme des Ressorts Präsidium, wo unter anderem eine Verschiebung der Besoldungskosten sowie die Druckkosten für dieses zweite Budget den Nettoaufwand um Fr. 12'600 erhöhen, sinken die Aufwandüberschüsse in allen Ressorts verglichen mit dem ersten Voranschlag.

Im Ressort Soziales / Gesellschaft steigen der Gemeindebeitrag für die Prämienverbilligung und die Kosten für die Aufhebung von Prämienausständen um total Fr. 180'000. Andererseits verringert sich der Nettoaufwand bei der öffentlichen Sozialhilfe um Fr. 448'600. Dies vor allem wegen einer Kostenumlagerung im Bereich Krankenversicherung und dank höherer Rückerstattungen und Kantonsbeiträge für anerkannte Flüchtlinge.

Auch beim Ressort Finanzen konnte das Budget aufgebessert werden. Geringere Abschreibungen und Erlasse, höhere Ertrags- und Kapitalsteuern sowie steigende Liegenschaftssteuern und geringere Zinskosten erhöhen den Nettoertrag um Fr. 147'000. Ein Minderertrag ist bei den Einnahmen aus Aktien, Anteilscheinen und Obligationen zu verzeichnen. Ich werde in der Detailberatung noch darauf zurückkommen.

In zwei Fällen wurde auf Abschreibungen verzichtet. Zum einen wird das zusätzliche Genossenschaftskapital fürs Pflegeheim Sonnhalden auf Empfehlung der Rechnungsprüfungskommission nicht abgeschrieben, wodurch der Aufwand um Fr. 50'000 sinkt. Zum anderen wird beim Restaurant Seeparksaal auf die letzte Abschreibung vor der Neubewertung anlässlich der Einführung von HRM2 verzichtet. Die FGK stimmt dieser ausserordentlichen Massnahme zu, da das Finanzvermögen durch die Neubewertung insgesamt zunimmt.

Die Nettoinvestitionen verringern sich um 2'765'000 Mio. Franken auf 6'124'000 Mio. Franken. Wie bereits erwähnt, wurden mehrere Investitionsvorhaben auf die nächsten Jahre verschoben und die laufende Rechnung durch Minderabschreibungen und geringere Zinskosten entlastet.

Erstaunt hat die FGK den neuen Finanzplan zur Kenntnis genommen. Während die kumulierten Defizite für die Planjahre 2017-2019 im ersten Finanzplan noch über 7 Mio. Franken betrugen, wird jetzt bereits ab 2018 mit positiven Rechnungsabschlüssen gerechnet.

Dieser Entwicklung liegen folgende Annahmen zugrunde: Die Steuerausgaben der natürlichen Personen wachsen im Jahr 2017 um 5% und danach jeweils um 4%, jene der Unternehmen um 2% jährlich. Die Teuerung bleibt mit 0,5% moderat und die Personalkosten wachsen um 0,8% jährlich.

Der Finanzausgleich für besondere Belastungen beträgt Fr. 500'000 jährlich und der Lastenausgleich verdoppelt sich ab 2017 auf rund 2,4 Mio. Franken. Nach Ansicht der FGK sind diese Werte äusserst optimistisch. Unklar bleibt vor allem, worauf die Annahme basiert, dass der Lastenausgleich bereits im nächsten Jahr in diesem Ausmass steigt. Wie sie dem Bericht entnehmen können, verzichtet die FGK auf weitere Sparanträge. Zwar wurden auf Basis der Rechnung 2015 verschiedene Streichungsanträge andiskutiert, ein Vergleich mit den Vorjahreswerten oder den Werten aus dem ersten Quartal hat dann aber jeweils gezeigt, dass diese knapp bemessen sind. Umgekehrt wurde bei zwei Ertragspositionen klar, dass die eingesetzten Beträge voraussichtlich nicht erreicht werden können. Die FGK wird deshalb in der Detailberatung eine Reduktion dieser Habenpositionen beantragen.

Zum Schluss möchte ich auch meinen Kommissionskolleginnen und Kommissionskollegen für die Flexibilität und die aktive Mitarbeit bei der Behandlung des überarbeiteten Budgets danken. Die FGK empfiehlt ihnen mehrheitlich, den Steuerfuss bei 76% zu belassen und den Voranschlag nach Änderungen anzunehmen sowie den Investitionsplan zu genehmigen.

Luzi Schmid, CVP/EVP: Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben in Sachen Budget immer das letzte Wort. In Ausübung dieser demokratischen Rechte haben die Urnengänger den ihnen vom Stadtrat und von unserem Parlament vorgeschlagenen Vorschlag 2016 abgelehnt. Wie immer dieses Nein zu deuten ist, wir haben es zu akzeptieren und deshalb heute nachzusitzen. Das ist durchaus positiv gemeint. Auch wenn es nicht abschliessend möglich sein wird, ist dieses nicht ganz überraschende Urnen-Nein zu hinterfragen und zu interpretieren. In dieser Frage des Budget-Neins macht der Stadtrat leider keine Aussagen, obwohl das durchaus interessieren würde. Will der Stimmbürger mit diesem Nein mehr Sparwillen? War das Nein ein Misstrauensvotum gegen die Politverantwortlichen? Ist es als Abwehrhaltung gegen mögliche Steuerfusserhöhungen zu werten? Einfach nur Resignation? War die Kommunikation mangelhaft oder waren die Pro-Argumente zu wenig überzeugend? Oder war es einfach ein Mix aus all diesen Möglichkeiten? Auf jeden Fall muss dieses Nein ernst genommen und darf keinesfalls als Laune oder gar Unverständnis oder Desinteresse der Bürgerschaft in Budgetfragen abgetan werden.

Wir sitzen und brüten hier also zum zweiten Mal übers Budget 2016. Pflicht oder Chance? Das zu beurteilen ist jedem einzelnen überlassen. Das meiste wurde ohnehin an der fast legendären, berühmten langen Sitzung im Dezember gesagt und entschieden. Die Finanzlage bleibt weiterhin schlecht, ist sehr angespannt und es braucht noch vermehrt längerfristige Anstrengungen, um auf den Weg der vollständigen Gesundung zurückzufinden. Es braucht vor allem einen Stadtrat, der überzeugt und grosses Vertrauen ausstrahlt. Das revidierte Budget trägt die Grundzüge eines sich verstärkenden Sparwillens. Das ist gut und das ist nötig. Dem Patienten Arboner Finanzen nur ein bisschen Rouge ins Gesicht zu pinseln, um ihn kurzfristig gesünder aussehen zu lassen, genügt schon lange nicht mehr. Gemeinsam müssen wir die Ursachen definieren, um das Übel an der Wurzel anzupacken. Wir haben jetzt und hier über diese leicht verbesserte Variante zu diskutieren und zu entscheiden. Machen wir uns aber nichts vor. In einem einzigen Budget in nur einem Jahr – oder jetzt bleibt uns fast nur noch ein halbes Jahr – können schlicht und einfach keine Millionen gespart und keine Millionen neu eingenommen werden. Aber es können Tendenzen gesetzt und Massnahmen aufgezeigt werden. Auch eine Ursachenerklärung für die nach wie vor schlechte Finanzlage darf und muss vom Stadtrat gefordert und erwartet werden. Auch fehlt uns seitens der Exekutive und somit der Ausführungsverantwortlichen nach wie vor eine plausible Strategie.

Die Eckwerte auf Seite 1 im rosaroten Teil scheinen uns diesbezüglich doch zu rosig daherzukommen und dem Ernst der Lage zu wenig gerecht zu werden. Das wurde auch vom FGK-Präsidenten so erwähnt. Zudem wurden ja Anfang Januar aus diesem Parlament von uns Vorstösse eingereicht mit ganz klaren Erwartungshaltungen, wie Budget und Finanzlage eingeschätzt werden müssen. In diesem Sinn hat der Stadtrat leider eine Chance verpasst, das zugegebenermassen sehr knappe und kurzfristige Revisionsverfahren zu nutzen, um überzeugend und mutig den Arbonerinnen und Arbonern die Zukunft nicht nur zu erklären, sondern einen gangbaren Weg aufzuzeigen und Vertrauen aufzubauen. Die CVP/EVP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten, was ja ohnehin obligatorisch ist, wird den beiden Anträgen der FGK zustimmen, selber keine neuen Anträge einbringen und das Budget einstimmig annehmen. Besten Dank.

Ruedi Daepp, SVP: Das überarbeitete Budget 2016 liegt jetzt vor, nachdem das Stimmvolk den Voranschlag 2016 Ende Februar an der Urne abgelehnt hat. Dank raschem Vorgehen des Stadtrats lag am 4. April die neue Botschaft für das Parlament vor. Die FGK ihrerseits prüfte schon am 8. April das überarbeitete Budget, das neu noch einen Aufwandüberschuss von 1,5 Mio. Franken vorsieht gegenüber der ersten Variante von 2,4 Mio. Franken. Die SVP-Fraktion, die das erste Budget abgelehnt hat, dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für die Überarbeitung und die vorgenommenen Korrekturen in den verschiedenen Budgetposten, die zum neuen Resultat geführt haben. Das Defizit macht aber immer noch sechs Steuerprozent aus und ist nach Ansicht der SVP-Fraktion auch jetzt noch sehr hoch. Wir halten darum gleich fest, dass eine Steuererhöhung für uns nicht infrage kommt. Die FGK hat dem neuen Budget mit Ausnahme von drei marginalen Änderungsvorschlägen im Grundsatz zugestimmt. Kritisch am vorliegenden Budget ist die Tatsache, dass gewisse Vorhaben einfach nach hinten geschoben worden sind und in absehbarer Zeit doch ausgeführt und bezahlt werden müssen. Echte Sparmassnahmen können wir nicht erkennen. Es wird Jahr für Jahr von einer Verbesserung gesprochen. Ob ab 2018 wirklich positive Zahlen geschrieben werden können, wie es der angepasste Finanzplan vorsieht, halten wir für sehr optimistisch. Deshalb stellt sich für uns die Frage, ob es zukünftig noch weitere administrative Einsparungsmöglichkeiten gibt. Etwa durch Rationalisierungsmassnahmen und Effizienzsteigerungen, um zum Beispiel in jeder Abteilung drei bis fünf Prozent Einsparungen zu avisieren. Es darf aber auch nicht ausser Acht gelassen werden, dass ständig und mit allen Mitteln Steuerkraft angeworben und gehalten werden muss. Von da her wünschen wir uns auch eine attraktivere Wirtschaftsförderung und bessere Marketingmassnahmen. Soweit zu unseren Bemerkungen zum Eintreten.

Cyrrill Stadler, FDP/XMV: Am 28. Februar haben von 8151 Stimmberechtigten 1643 oder 20% der Stimmberechtigten ja gesagt zum Budget, 1871 oder 23% haben nein gesagt, 4637 wollten oder konnten nichts dazu sagen oder hatten keine Meinung zum Budget. Das ist Demokratie. Die Mehrheit gewinnt, das Budget wurde abgelehnt. Luzi Schmid hat gesagt, wir seien hier, um nachzusitzen. Der Stadtrat hatte eine Nachsitzübung, er hat vom Volk den Auftrag angenommen und ein zweites Budget vorgelegt. An dieser Stelle einen ganz herzlichen Dank für diese zusätzliche Arbeit an Stadtrat und Verwaltung.

Bei den gesamthaft verwendeten 1154 Konten in diesem Voranschlag wurden im Vergleich zum vorangehenden Budget 120 Einzelkonten verbessert in einem Gesamtwert von 2'191'000 Mio. Franken. Bei 31 Einzelkonten weist der neue Voranschlag sogar eine Budgetverschlechterung auf im Gesamtwert von 1'356'000 Mio. Franken. Die erdrückende Mehrheit der Konten wurde nicht verändert.

Nun zu den Veränderungen im Einzelnen: Verschlechtert haben sich neben verschiedenen Positionen, die einfach im März besser abgeschätzt und berechnet werden können, vor allem die Dividenden der Arbon Energie – aus statutarischen Gründen, wie uns erklärt wurde.

Lässt man auf der Seite der Budgetaufbesserungen die verschobenen Investitionen, die Positionen, die aufgrund der abgeschlossenen Rechnung genauer veranschlagt werden konnten und buchhalterische Manöver beiseite, bleibt nicht viel übrig. Von den 120 Positionen, die verbessert wurden, sind es 44 mit einer positiven Veränderung von Fr. 10'000 oder mehr Franken in einem Gesamtwert von 1,9 Mio. Franken. Von diesen 44 Positionen sind 33 Positionen mit Verbesserungen von 1,45 Mio. Franken verändert, weil die Rechnung abgeschlossen ist und der Kenntnisstand besser als Ende 2015, eine Investition verschoben, aber nicht abgewendet wurde, buchhalterische Geschichten wie tiefere Abschreibungen aufgrund veränderter Praxis etc. angewendet wurden. 11 Positionen wurden durch Verzichtsplannung verbessert im Wert von Fr. 465'000. Da können jetzt die Damen und Herren, welche dem Volk propagiert haben, das Budget abzulehnen, mit geschwellter Brust dastehen und verkünden, das Budget hätte sich um Fr. 800'000 verbessert. Das hat es sich nicht. Da machen wir uns und da machen wir der Bevölkerung etwas vor. Das darf nach meiner Meinung nicht sein. Eine zweite Budgetrunde mit Verbesserungen von einem Prozent der Aufwandseite ist eigentlich keine Verbesserung. Gespannt warte ich deshalb auf die konstruktiven Einsparungsvorschläge in der Detailberatung seitens der Parlamentarier, die das Budget abgeschmettert und in der Abstimmung das Resultat herbeigeführt haben. Die Bevölkerung hat sich nämlich auf diese Aussagen gestützt, anders kann ich es mir nicht vorstellen, dass nur gerade sieben Exemplare des Detailbudgets bei der Gemeindeverwaltung bestellt wurden. In diesem Sinn erwarte ich eine konstruktive, spannende Detailberatung.

Uta Reutlinger, SP-Gewerkschaften-Juso: Das erste Budget wurde in der Volksabstimmung nicht nur wegen des hohen Defizits abgelehnt, viele Leute brachten vielleicht mit ihrem Nein ein Misstrauen gegenüber dem Stadtrat zum Ausdruck. Der Rosasco-Kreisel und auch das Gastrokonzert lassen grüssen. Nun danken wir aber dem Stadtrat und der Verwaltung, dass sie das Budget so schnell überarbeiten konnten. Dieses hohe Tempo ermöglicht nämlich aus Sicht der SP-Gewerkschaften-Juso ein kostenbewusstes Arbeiten. Denn durch die gewonnene Zeit brauchen wir keinen zusätzlichen Abstimmungstermin, Kosten von mehreren Zehntausend Franken wären dadurch mehr entstanden, die ja im Gegensatz zum von allen deutlich genannten Sparwillen stünden. Danke schön. Die Fraktion SP-Gewerkschaften-Juso schliesst sich, wie auch im Dezember 2015, dem Vorschlag der FGK an, dem Budget zuzustimmen.

Gegenüber dem ersten Budget wurde hier nochmals ein geringeres Defizit ausgewiesen, knapp Fr. 830'000 wurden wiederum eingespart. Aus unserer Sicht ist es sehr fraglich, ob die Stadt diesen Betrag tatsächlich langfristig einspart, denn die Verschiebung von Bauvorhaben und Unterhaltsleistungen belastet die Stadtkasse kurzfristig gesehen nun nicht mehr. Die Kosten sind auf kommende Jahre verschoben und durch reduzierte Abschreibungen, die dieses Mal gut begründet wurden, konnten auf dem Papier nochmals insgesamt Fr. 90'000 gespart werden – auf dem Papier.

Aus unserer Sicht positiv bewertet werden muss der neu aufgeführte Betrag für die geschaffene Stelle im Sozialbereich. Die in der Vergangenheit in Auftrag gegebene Studie empfahl genau diese. Diese Massnahme lasse eine grössere Fallnähe und damit bessere Fallbetreuung zu. Der Effekt kann selbstverständlich noch nicht in diesem Budget sichtbar werden. Langfristig führt das aber zu einer intensiveren Betreuung von Menschen in unserer Stadt, die, so hoffen wir, vermehrt wieder in den Arbeitsmarkt eingegliedert werden können. Und hier braucht es Anstrengungen. Die Auswirkungen haben dann nicht nur finanzielle Vorteile, wir sehen die positive Bedeutung ganz klar auch auf menschlicher Ebene. Das liegt im Sinn der SP-Gewerkschaften-Juso. Insgesamt lässt sich schlussfolgern, die im neu formulierten Budget aufgeführten Einsparungen gibt es nicht. Oder abgeschwächt: Sie wären auch ohne die zweite Runde realisiert worden. Die Ablehnung des Budgets hat in der Sache nichts bewirkt und war aus Sicht der SP-Gewerkschaften-Juso sinnlos und unnötig.

Die sehr gut bewirtschaftete Kampagne Ende des Jahres 2015, wie Cyrill Stadler schon angedeutet hat, hat zwar zur Budgetablehnung geführt, aber konkrete Verbesserungsvorschläge und nachhaltige Einsparungsideen sind von Seite der Ablehnenden bis heute nicht zu sehen oder zu hören.

Beim Investitionsplan wird dann deutlich, viele Positionen konnten aufgrund der fortgeschrittenen Zeit sehr viel genauer kalkuliert werden, woraus schlussendlich ein geringeres Budget resultiert. Und weil wir nun in dieser aussergewöhnlichen Situation bereits die Rechnung 2015 vorliegen haben, zeigt sich im direkten Vergleich ganz deutlich, dass die Investitionseinsparungen im Budget einen Betrag ausmachen, der in der Jahresrechnung sowieso eingespart würde. Und dieser sogenannte Puffer von weniger Ausgaben verpufft somit am Jahresende gleich wieder. Am Schluss kommen wir auf dasselbe oder annähernd dasselbe Ergebnis.

Der Finanzplan zeigt uns, ein besseres Ergebnis liegt schon 2017 vor. Das Defizit soll sich um 2,825 Mio. Franken verringert haben, im Jahr 2018 gibt es sogar einen positiven Abschluss. Das ist schön. Wir erinnern uns wahrscheinlich alle noch an die Grafik vom Dezember 2015, als uns beste und schlechteste Szenarien vorgeführt wurden. Im nun vorliegenden Finanzplan sind die damals ominös erschienenen Kurven konkretisiert worden. Wir können also positiv festhalten, dass der nun vorliegende Finanzplan transparenter geworden ist. Denn hier wird uns nun deutlich erklärt, woher die Mehreinnahmen kommen werden. Erstens besteht die Annahme, dass uns der kantonale Finanzausgleich mehr Geld beschert. Ob sich diese Vermutung auf Aussagen, die bereits verbrieft sind, beziehen, oder ob es sich dabei um Hoffnung handelt, wissen wir aber immer noch nicht. Und zweitens, die Steuereinnahmen sollen bereits im Jahr 2017 deutlich gestiegen sein. Diesen im Vergleich zu den letzten Jahren rasanten Anstieg würde ich eher als Zweckoptimismus bezeichnen. Wenn wir gedanklich aber so unterwegs sind wie der Stadtrat, freuen wir uns also auf das Wunder 2017. Dann müssen wir auch nicht mehr von Steuerfusserhöhung sprechen. Aus Sicht der SP-Gewerkschaften-Juso scheint das sehr optimistisch, zu optimistisch zu sein.

Max Gimmel, FDP/XMV: Dem Stadtrat und den beteiligten Mitarbeitenden ist sehr zu danken, dass sie speditiv gehandelt und das gemacht haben, was in einem solchen Fall möglich ist, aufgrund der neuen Erkenntnisse präziser zu budgetieren. Der Budgetbericht ist ebenso übersichtlich und gut dargestellt. Während beim ersten Budget das Glas halb leer war, ist es nun beim zweiten Anlauf halb voll. Faktisch ist aber immer noch die gleiche Menge an Flüssigkeit im Glas enthalten. Die Veränderungen der Zahlen sind legitim, wenn sie nicht suggerieren, dass wesentliche Einsparungen gemacht wurden. Der Stadtrat tut dies nicht. Wo hätte denn noch mehr Sparwille angesetzt werden können? Einsparungen sind immer möglich, die Frage ist nur zu welchem Preis. Es wäre wichtig, wenn wir endlich einmal das Wort „Einsparungen“ über den Preis definieren, und zwar den Preis, den wir bereit sind zu zahlen, respektive uns zu leisten. Wir müssen uns klar werden, was welchen Preis hat und was wir uns zu diesem Preis wirklich leisten wollen.

Die Mehrheit in diesem Parlament hat sich an der letzten Sitzung für einen Solidaritätsbeitrag zugunsten einer anderen Gemeinde ausgesprochen, ohne dass dadurch ein Mehrwert für Arbon generiert werden konnte. Ob wir uns für Fr. 28'000 die Solidarität erkaufen können, die wir brauchen, um Beiträge für die Sozialhilfekosten von mehreren Hunderttausend Franken zu erhalten, bleibt abzuwarten. Tatsache bleibt, Arbon braucht ca. zwei Millionen Mehreinnahmen und ca. zwei Millionen Einsparungen. Und damit kommt Arbon punkto Steuerfuss in die Nähe, aber noch nicht auf gleiche Höhe der nächsten Zentrums Gemeinde und kann sich dann zumindest freier bewegen. Zwei Millionen Mehreinnahmen kann man erreichen, das habe ich schon einmal erzählt, wenn man 200 bis 300 neue Steuerzahler nach Arbon holt, die mehr als Fr.100'000 Einkommen auf der Steuererklärung deklarieren. Wir müssen uns da nur fragen, wo diese Neuzuzüger denn einmal wohnen können. Heute wissen wir das noch nicht, aber wir wissen eines ganz sicher: Mit dem bisherigen Steuersubstrat schaffen wir die notwendige Zunahme der Einnahmen nie.

Es braucht dazu eine Transformation des Wohnraums in unserer Stadt, eine qualitative Verbesserung, und die erfolgt einzig und allein durch Investoren und Neuzuzüger, welche in den meisten Fällen von aussen nach Arbon kommen. Es ist deshalb wichtig, dass im Umgang mit Investoren und Neuzuzügern sorgfältig und vor allem objektiv vorgegangen wird.

Es darf nichts beschönigt werden, aber noch wichtiger, es darf auch nicht dauernd alles schlechtgeredet werden. Wenn man mit gleicher Vehemenz und Kraft, mit der schlechtgeredet wird, endlich einmal das Positive ins richtige Licht rücken würde, und zwar das, was Arbon tatsächlich lebenswert macht, wäre auch der Umgang untereinander ein anderer. Arbon hat so vieles zu bieten. Wenn wir uns dieses Angebot nicht mehr leisten können, dann dürfen wir nicht das gesamte Angebot billiger werden lassen, vielmehr müssen wir das Angebot konzentrieren auf das, was wir tatsächlich brauchen und dessen Qualität hochhalten. Und bei diesem Konzentrationsprozess gibt es Gewinner und Verlierer und diese müssen zueinanderfinden, denn nur gemeinsam finden wir einen Ausweg. Die Qualität ist aber in jedem Fall hochzuhalten. Das Glas ist immer noch halb voll. Wir sollten aber vorausschauend vorsichtig damit umgehen.

Präsident Heinz Gyga: Wenn keine weiteren Wortmeldungen mehr sind, übergebe ich das Wort Vizestadtpräsident Patrick Hug.

Vizestadtpräsident Patrick Hug: Besten Dank für ihre grossmehrheitlich positiven Voten zum überarbeiteten Budget 2016.

Zur Reduktion des Defizits: Die Reduktion beträgt gegenüber dem ersten Budget, wie bereits mehrfach erwähnt wurde, Fr. 830'000, gegenüber der Rechnung 2015, mit einem ausserordentlichen Ertrag aus dem Hamelverkauf aber faktisch über 1,2 Mio. Franken.

Der Stadtrat wird neben den Finanzplanzahlen auch seine Antworten auf die verschiedenen von den Fraktionen gemeinsam eingereichten Vorstösse in das nächste Budget 2017 einfließen lassen. Insofern ist die Feststellung richtig, dass es sich beim Voranschlag 2016 nicht um einen Abschluss der Sanierungsbemühungen, sondern vielmehr um einen Zwischenschritt handelt.

Noch ein Wort zur Bemerkung der Rechnungsprüfungskommission zur Neubewertungsreserve von rund 5 Mio. Franken. Für den Stadtrat ist klar, dass diese für die Verrechnung von Aufwandüberschüssen herangezogen werden darf. Wir werden diesen Betrag auf den 1. Januar 2017 ordnungsgemäss ins Eigenkapital einbuchen. Richtig ist, dass im Zeitraum des neuen Rechnungslegungsmodells HRM2 gebildete Neubewertungsreserven vorerst während fünf Jahren gesperrt bleiben.

Abschliessend erlauben sie mir noch einige Bemerkungen zum Finanzplan 2017-2019: Bei der Steigerung des Steuerertrags bei den natürlichen Personen von vorerst 5%, inklusive Beschränkung des Pendlerabzugs von über Fr. 200'000 oder 1% Steuermehrertrag, rechnen wir mit einem Bevölkerungswachstum von rund 200 Einwohnern ab dem Jahr 2017, was 1,5% Steuerwachstum ausmacht. Ferner rechnen wir mit einer generellen Steigerung der Steuerkraft um 2,5% pro Jahr. Während die Prognosen bei den natürlichen Personen wohl in der oberen Bandbreite liegen, sind wir bei den juristischen Personen im Wissen um die hohe Volatilität zurückhaltender und rechnen mit einer Steigerung von jährlich 2%. Der Kanton rechnet bei den Steuern mit einem Wachstum von insgesamt 5,3% für das Finanzplanjahr 2017, von 3,9% für das Jahr 2018 und von 3,3% für das Jahr 2019. Es wurde von verschiedenen Votanten erwähnt, dass Arbon aufgrund der hohen Bautätigkeit auch bei der Bevölkerungsentwicklung mit einem stärkeren Wachstum rechnet. Ferner sind angesichts der anhaltenden Negativsteuerung bei unseren Teuerungsprognosen von +0,5% noch reichlich Reserven vorhanden. Bei den Personalkosten von +0,8% handelt es sich lediglich um individuelle Besoldungsanpassungen gemäss Personal- und Besoldungsreglement, falls es die finanzielle Situation der Stadt erlaubt, dies ist im Reglement auch so festgeschrieben.

Die Steigerung der Sozialhilfeausgaben haben wir mit jährlich 0,5% veranschlagt, da wir davon ausgehen, hier die Ausgabenspitze allmählich erreicht zu haben. Bezüglich Lastenausgleich bei der Sozialhilfe schliesslich führen wir intensive Gespräche mit dem Kanton. Dabei konnte spürbar das Verständnis für die hohe Belastung von Arbon vermittelt werden.

Aufgrund dieser Gespräche können wir davon ausgehen, dass ab 2017 50% der anrechenbaren Sozialhilfekosten über den Finanzausgleich entschädigt werden, was für Arbon 2,4 Mio. Franken statt wie bis anhin 1,2 Mio. Franken ausmachen würde, also eine Verdoppelung. Ganz neu ist diese Zahl nicht. Regierungspräsident Jakob Stark erklärte am letzten TKB-Kommunalforum in Frauenfeld, dass er den Soziallastenausgleich auf maximal 50% begrenzen möchte. Überdies haben wir beim Kanton bereits einen Antrag für einen Finanzausgleich für besondere Belastungen für das Jahr 2017 angemeldet.

Stadtpräsident Andreas Balg: Die Ablehnung des Budgets bedauern wir. Die Verunsicherung und allfällige Ängste zum Thema eventuelle Steuererhöhung verstehen wir. Diese Entwicklung haben wir kommen sehen und haben auch deshalb bereits vor drei Jahren die Aufgaben- und Leistungsüberprüfung vorgenommen und ruhen seither nicht, unsere Situation auch im Kleinen laufend zu verbessern. Sie wissen es, einiges haben wir erreicht, vieles ist noch zu tun. Sie kennen die grossen Aufgaben und Massnahmen. Es geht aber nur mit ihnen allen, denn sobald wir aus dieser Sitzung wieder im Tagesgeschäft zurück sind, kommen von ihnen Anforderungen für zusätzliche finanzielle Unterstützungen, zusätzliche Leistungen, das sollte doch die Stadt tun, neue Bedürfnisse. Zeigen sie bitte Verständnis, wenn wir noch öfter nein sagen müssen und akzeptieren sie auch den einen oder anderen Entscheid, ohne uns zusätzlich in Diskussionen zu verstricken. Ich bin überzeugt, wir können es schaffen, aber nur dann, wenn wir unsere Mittel dort einsetzen, wo sie den meisten Nutzen bringen oder, wie für uns so nötig, den meisten Ertrag. Helfen sie mit.

Präsident Heinz Gygax: Damit ist die Eintretensdebatte geschlossen. Wir kommen nun zur Detailberatung der laufenden Rechnung.

Detailberatung

Präsident Heinz Gygax: Ich möchte ihnen vorab bekannt geben, wie ich die Detailberatung durchführen werde.

- 1.) Liegt ein Antrag der FGK vor, möchte ich nur bei einem Gegenantrag eines Stadtrats- oder eines Parlamentsmitglieds abstimmen lassen, da dieser Antrag ansonsten für mich als unbestritten gilt. In diesem Fall gilt der FGK-Antrag als genehmigt.
- 2.) Liegt ein Antrag der FGK vor und wird von einem Parlamentsmitglied ein Gegenantrag oder ein anderer Antrag gestellt, werden wir zuerst über Antrag FGK und Antrag Parlamentsmitglied abstimmen. Danach wird der obsiegende Antrag dem Antrag des Stadtrats, den sie dem Voranschlag entnehmen können, gegenübergestellt und darüber abgestimmt.
- 3.) Unbestrittene Korrekturen seitens Stadtrat: Wenn seitens Stadtrat Korrekturen angebracht werden und keine Wortmeldungen seitens Parlament erfolgen, gelten diese als unbestritten und damit als angenommen.
- 4.) Zieht der Stadtrat einen seiner Anträge zurück und liegt ein FGK-Antrag vor, der ebenfalls als unbestritten gilt, gilt der FGK-Antrag als stillschweigend angenommen.
- 5.) Zieht der Stadtrat einen seiner Anträge zurück, wird er hinfällig und wir müssen darüber nicht abstimmen.

Laufende Rechnung

Präsident Heinz Gyga: Ich werde die funktionalen Hauptbereiche und die dazugehörigen Gruppen, die fettgedruckt sind, lesen und dann eine Pause machen, um zu sehen, wer etwas sagen will. Bei Wortmeldungen bitte ich sie, immer auch die Kontonummer zu nennen.

Die Detailberatung ist eröffnet:

Botschaft und Anträge zum Voranschlag 2016

10 Allgemeine Verwaltung

1020 Gemeindeverwaltung

Andrea Vonlanthen, SVP: Erlauben sie mir, dass ich zuerst einfach meinem Erstaunen Ausdruck gebe, wie intensiv vorher dem Volk klargemacht wurde, dass es Ende Februar falsch entschieden hat. Ich denke, wir sollten doch ein bisschen vorsichtig sein, dem Souverän gegenüber derartige Vorhaltungen zu machen.

Nun aber zur Kontengruppe 1020 Gemeindeverwaltung: Wir beantragen ihnen, den Betrag bei dieser Kontengruppe um Fr. 30'000 zu reduzieren. Zwei Überlegungen:

Wir haben hier ein Budget, das praktisch keine effektiven Einsparungen vorsieht. Wir haben das in der Eintretensdebatte wiederholt gehört. Wir haben bei dieser Kontengruppe eine Kostenvermehrung gegenüber dem ersten Voranschlag und erst recht gegenüber der Rechnung 2015, und zwar eine saftige Kostenvermehrung. Wir haben vorhin auch gehört, der Blick auf die Rechnung 2015 erlaube einen Blick auf den genauen Kenntnisstand, und da macht es uns schon Mühe, wenn gegenüber dieser Rechnung eine derartige Kostensteigerung hier vorgesehen wird. Es ist so, dass bei dieser Kontengruppe 21 von 26 Positionen mit Mehrausgaben rechnen, nur gerade fünf mit bescheidenen Minderausgaben. Wir erleben hier also den klassischen Verwaltungsmechanismus, man gibt einfach noch ein bisschen drauf und kommt so jedes Jahr zu einer leicht höheren Summe, aber das summiert sich dann eben doch.

Zweite Überlegung: Es ist richtig, dass wir hier in der Debatte nicht um Fr. 2'000 oder Fr. 5'000 streiten, deshalb stellen wir einen Antrag zur ganzen Kontengruppe und meinen, der Stadtrat solle sich dann darum bemühen, diese Fr. 30'000 einzusparen. Diese Fr. 30'000 sind wenig, zugegeben, das macht nur 1,7% der ganzen Kontengruppe aus, aber sie sind eben auch nicht nichts. Wir bitten sie hier, ein erstes Zeichen zu setzen und mindestens im Bescheidenen den Sparauftrag umzusetzen. Sie wollten Sparvorschläge haben, das haben sie vorhin wiederholt gesagt. Wir sind bereit, solche Sparvorschläge zu nennen. Aber wir akzeptieren auch, wenn sie bereits diesen bescheidenen Vorschlag nicht akzeptieren, dann werden wir keine weiteren Anträge stellen, weil wir dann akzeptieren, dass eben nicht gespart werden will und dass schon gar nicht an die finanzpolitische Schmerzgrenze gegangen werden will. Deshalb laden wir sie ein, diesem Antrag zuzustimmen, Fr. 30'000 bei dieser Kontengruppe Gemeindeverwaltung zu streichen.

Lukas Graf, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich spreche nicht für die FGK. Ja Andrea Vonlanthen, wir wollen Sparanträge, aber substanzielle und keine pauschalen. Das ist ziemlich einfach, wenn man einfach wieder eine ganze Kontengruppe nimmt und sagt, da müssen wir irgendwo Fr. 30'000 sparen, aber nicht sagt, wie das dann zu bewerkstelligen sei. Man muss auch sehen, es gibt hier eine Begründung, weshalb ein paar dieser Positionen gestiegen sind. Und zwar geht es da um eine Kostenumlagerung von der Schlichtungsstelle für Miete und Pacht 1103.3010, wo Stellenprozente umgelagert wurden. Dies hat dann wiederum Auswirkungen auf die Sozialversicherung, auf die Pensionskasse, auf die Kranken- und Unfallversicherung, auf die übrigen Personalkosten und dann hast du schon mal eine ganze Menge Mehrkosten gegenüber dem ersten Budget weg.

Ansonsten sind es keine Mehrkosten gegenüber dem ersten Budget, es sind lediglich Mehrkosten gegenüber der Rechnung, die sich im einzelnen, da bin ich sicher, jeweils gut begründen lassen. Es geht ganz sicher nicht darum, dass man hier einfach pauschal mal ein bisschen mehr budgetiert.

Im Übrigen finde ich diese Drohung, hier jetzt mit keinen weiteren substanziellen Anträgen zu kommen, wenn man dies nicht annimmt, doch ein bisschen fragwürdig. Denn es ist ja nichts Konkretes, sondern wieder mal pauschal und ohne sich auf irgendetwas fixieren zu müssen. Insofern lehne ich für meinen Teil das trotz dieser Drohung ab.

Cyrill Stadler, FDP/XMV: Ich bin wahnsinnig geneigt dazu, das anzunehmen, einfach um diese weiteren Sparvorschläge zu hören, kann aber dem Ganzen nichts abgewinnen. Da gibt es verschiedene Grundsätze in der Budgetierung. Wir haben vor drei Jahren einen Vorschlag gemacht, wie man die Budgetierung besser angehen könnte, nämlich mit einem integrierten Aufgaben- und Finanzplan. Die Vorstösse seitens der CVP und der Fraktionsgemeinschaften zeigen auf, es gibt Möglichkeiten, wie wir ein Budget innerhalb des Parlaments effizienter, zielgerichteter und schneller besprechen könnten. Solche Konzepte gibt es, die greifen auch, aber die funktionieren einfach nicht so, dass man hingehen und sagen kann, bei der Kontengruppe so und so streichen wir irgendwie so und so viele Tausend. Das funktioniert so leider nicht. Ich kann da trotz dieser Drohung im Endeffekt nicht zustimmen.

Stadtpräsident Andreas Balg: Es ist mir wichtig, zwei Dinge zu vermerken. Zum einen haben wir nachweislich Stellen reduziert. Leider mussten wir auch die eine oder andere Stelle erhöhen, wo das zwingend nötig war, um weiteren oder grösseren Schaden zu verhindern. Zum anderen können Sie durchaus Fr. 30'000 einsparen, nur der Effekt wird sein, dass wir das Budget überschreiten.

Präsident Heinz Gygax: Wir stimmen über diesen Antrag ab.

://: Der Antrag von Andrea Vonlanthen, SVP, wird mit 23 zu 4 Stimmen abgelehnt.

<u>11 Öffentliche Sicherheit</u>	keine Bemerkung
<u>13 Kultur und Freizeit</u>	keine Bemerkung
<u>14 Gesundheit</u>	keine Bemerkung
<u>15 Soziale Wohlfahrt</u>	keine Bemerkung
<u>16 Verkehr</u>	keine Bemerkung
<u>17 Umwelt und Raumordnung</u>	keine Bemerkung
<u>18 Volkswirtschaft</u>	keine Bemerkung
<u>19 Finanzen und Steuern</u>	
1940 Zinsen und Emissionskosten	

Lukas Graf, SP-Gewerkschaften-Juso: Zu Konto 1940.4240 Aktien, Anteilscheine, Obligationen: In der Dezembersitzung wurde dieser Betrag auf Antrag der FGK um Fr. 100'000 auf Fr. 550'000 erhöht. Die FGK hatte den Stadtrat aufgefordert, sich für eine entsprechende Erhöhung der Dividenden der Arbon Energie einzusetzen. Wie der Stadtrat nun mitteilt, ist dies im 2016 nicht realisierbar, da die Dividenden gemäss Statuten der Arbon Energie nach oben begrenzt sind. Die FGK dankt dem Stadtrat im Voraus für seinen angekündigten Einsatz zur Aufhebung dieser Obergrenze und zur Erhöhung der Konzessionsgebühren. Das Thema bleibt in der FGK auf jeden Fall aktuell.

1941 Restaurant Seeparksaal

Lukas Graf, SP-Gewerkschaften-Juso: Konto 1941.4270 Pachtzins Restaurant:
Die FGK hat beim zuständigen Stadtrat nachgefragt, ob die budgetierten Einnahmen in der Höhe von Fr. 30'000 noch immer realistisch sind.
Wie sie im Bericht nachlesen können, kann im besten Fall noch mit Pachtzinseinnahmen von Fr. 24'000 gerechnet werden. Die FGK beantragt daher einstimmig, diesen Betrag um Fr. 6'000 zu reduzieren.

Stadtrat Peter Gubser: Bei der ersten Budgetdebatte habe ich sie darauf aufmerksam gemacht, dass ich bei den Gastrobetrieben von den Zahlen des Vorjahrs ausgegangen bin, weil wir nicht wussten, wie jetzt diese Neuvermietung funktioniert. Beim Strandbad durften wir feststellen, dass wir mit einem neuen Pächter, der sehr gut gestartet ist, uns etwa auf dem Niveau des Budgets bewegen. Beim Panoramarestaurant ist es uns leider bis heute Abend noch nicht gelungen, einen neuen Mietvertrag zu unterzeichnen. Ich bin aber immer noch guter Dinge, dass wir in den nächsten Tagen einen Vertrag unterzeichnen können und dann werden sich die Mindereinnahmen in einem begrenzten Rahmen abspielen, wie jetzt Lukas Graf gesagt hat, von vielleicht Fr. 6'000, vielleicht sind es dann Ende Jahr auch Fr. 10'000. Aber ich hoffe doch, dass wir das Ziel, dass hier wieder Leben einkehrt, noch in diesem Sommer erreichen können.

Wenn ich schon am Rednerpult stehe und offenbar heute überhaupt nicht diskutiert wird und keine Anträge gestellt werden, erlaube ich mir doch noch, darauf hinzuweisen, dass wir in weiser Voraussicht auf das Referat von Parlamentarier Gimmel bereits begonnen haben, Werbung für Arbon zu machen. Ich mache gern auf diese beiden Stelen da links und rechts aufmerksam, wo wir doch die positiven Seiten Arbons herausstreichen wollen.

Präsident Heinz Gyga: Ich gehe davon aus, dass dieser Antrag unbestritten ist.

1943 Rebenstrasse (Sonnenblumenhaus)

Lukas Graf, SP-Gewerkschaften-Juso: Zu Konto 1943.4230 Mietzinse Sonnenblumenhaus:
Die FGK beantragt einstimmig, diesen Betrag um Fr. 8'000 zu senken, da die Einnahmen voraussichtlich nur noch Fr. 14'000 betragen, wie sie der Antwort des Stadtrats entnehmen können.

Präsident Heinz Gyga: Gibt es dazu Wortmeldungen? – Dann gehe ich wieder davon aus, dass dieser Antrag der FGK stillschweigend als angenommen gilt.

Roman Buff, CVP/EVP: Es juckt mich jetzt schon, dass mit diesen 1020 und den minus Fr. 30'000 die Drohung oder das Buebetrickli kam, wir werden keine weiteren Sparvorschläge mehr machen. Die SVP, muss ich jetzt annehmen, hat damit gerechnet, dass dieser Antrag abgelehnt wird und ich frage mich, ob sie überhaupt solche Anträge noch im Köcher gehabt hätte. Ich hätte ein anderes Buebetrickli vorgehabt. Man hätte das auch annehmen können, dann hätten wir gehört, was sonst noch kommt und dann hätte man ein Rückkommen machen und das 1020 ablehnen können.

Andrea Vonlanthen, SVP: Auf diese kleine Provokation will ich sachlich reagieren. Selbstverständlich hatten wir Anträge. Wir hatten einzelne Anträge auch dem jeweiligen Stadtrat zur Kenntnis gebracht, aber wir haben uns gesagt, wir nehmen einen bescheidenen Antrag als Art Stimmungstest, dann sehen wir, wie die Stimmung in diesem Rat ist. Und wenn dieser Rat in einem derart bescheidenen Fall nicht bereit ist zu sparen, dann haben grössere Anträge ohnehin keine Chance. Warum wollen wir dann den Rat noch provozieren und die Sitzung in die Länge ziehen? Das war der Grund und deshalb haben wir keine weiteren Anträge gestellt, wie angekündigt.

Silke Sutter, FDP/XMV: Ehrlich gesagt fühle ich mich ziemlich veräppelt. Es kann doch nicht wahr sein, dass wir heute Abend alle noch einmal hier sitzen, dann kommt ein Antrag, bei dem uns nichts anderes übrigbleibt, als ihn abzulehnen. Ich habe die Position angeschaut. Vor allem mit HRM2 und sonstigen Mehrausgaben liess sich dieser Antrag sehr gut begründen, nämlich dass man ihn ablehnt, weil die Mehrkosten ausgewiesen waren. Und dann kommt Andrea Vonlanthen im Ernst und sagt uns, es gäbe weitere Sparmöglichkeiten, enthält uns diese aber vor. Wir versuchen doch alle hier wirklich, das Beste zu geben. Und wenn es vernünftige Sparvorschläge gibt, hätte ich die gern gehört, hätte mir gern darüber seriös Gedanken gemacht und hätte dann gerne darüber entschieden, ob ich diese annehmen oder ablehnen will. Aber was das bedeuten soll, das muss hier wirklich jeder für sich entscheiden. Ich persönlich finde es wirklich eine Frechheit, dass wir hier einen Abend zusammenkommen im ernstesten Bestreben, etwas zu verbessern, und dann muss ich mir anhören, aufgrund eines abgelehnten Antrags sei die Stimmung gemessen worden, ohne irgendeine Begründung dazu abzugeben, wie sie diese Fr. 30'000 sparen wollen, und dann uns um die Ohren zu hauen, ja wir hätten schon noch ein paar andere Sachen gewusst, aber wir sagen das heute Abend nicht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich überlasse es Ihnen, in welchem Alter sie solche Dinge gemacht haben. Es ist aber eines Parlaments wirklich unwürdig.

Präsident Heinz Gyga: Damit haben wir die Detailberatung der laufenden Rechnung beendet. Gibt es Wortmeldungen zu den blauen Seiten der laufenden Rechnung Seiten 1–12 Funktionale Gliederung?

Das scheint nicht der Fall zu sein.

Den Finanzplan haben wir lediglich zur Kenntnis zu nehmen.

Damit kommen wir zur Beratung der Investitionsrechnung, die auf den rosa Seiten 1-9 des Investitionsplans 2016-2019 ersichtlich ist. Hier werde ich Seite um Seite aufrufen, und falls Wortmeldungen sind, bitte ich, die Nummer und das dazugehörige Objekt zu erwähnen.

Die Grafiken Seite 10-12 nehmen wir zur Kenntnis.

Präsident Heinz Gyga: Sind noch Rückkommensanträge? Wenn kein Rückkommensantrag vorliegt, schliesse ich diese Diskussion. Wir machen eine kurze Pause, bis die überarbeiteten Zahlen vorliegen.

Fortsetzung der Sitzung um 19.25

Präsident Heinz Gyga: Es liegen die Zahlen vor: Beim Stand der Laufenden Rechnung nach den Korrekturen wäre das verabschiedete Defizit nach Parlament 1'590'900 Franken.

Stand der Investitionsrechnung nach der Korrektur 6'124'000 Franken.

Mit der Kenntnis dieser Zahlen kommen wir zur Verabschiedung der stadträtlichen Anträge, welche von der FGK mehrheitlich unterstützt werden.

1. Der Steuerfuss für das Jahr 2016 sei bei 76 Prozent zu belassen.

://: Der Antrag des Stadtrats, den Steuerfuss bei 76 Prozent zu belassen, wird mit 25 zu 1 Stimme bei 1 Enthaltung genehmigt.

2. Genehmigung des Voranschlags 2016 der laufenden Rechnung mit einem Aufwandüberschuss von neu 1'590'900 Franken.

://: Der Antrag, Genehmigung der Voranschlags 2016 der laufenden Rechnung mit einem Aufwandüberschuss von 1'590'900 Franken, wird mit 24 Stimmen bei 3 Enthaltungen genehmigt.

3. Genehmigung der Investitionsrechnung 2016 mit Nettoinvestitionen von 6'124'000. Franken.

://: Dem Antrag, Genehmigung der Investitionsrechnung 2016 mit Nettoinvestitionen von 6'124'000 Franken, wird einstimmig zugestimmt.

Präsident Heinz Gyga: Voranschläge mit Steuerfuss unterliegen gemäss Art. 7 der Gemeindeordnung obligatorisch einer Volksabstimmung und werden den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern am 5. Juni 2016 zur Genehmigung unterbreitet.

Damit ist der überarbeitete Voranschlag durchberaten. Ich danke Mischa Vonlanthen und Bernhard Egli für ihre grosse Unterstützung und der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für die geleistete grosse Arbeit.

Cyrill Stadler, FDP/XMV: Die Sitzung war heute kurz. In aller Kürze liegt die Würze. Erreicht haben wir nicht viel. Ich beantrage, dass wir als Parlamentsmitglieder auf die Hälfte der Sitzungsgelder verzichten und bitte um Streichung von 50% der Sitzungsgelder. Ich bitte sie, diesem Antrag zuzustimmen.

://: Der Antrag von Cyrill Stadler, FDP/XMV, um Streichung von 50% des Sitzungsgelds heute Abend wird mit 23 zu 1 Stimme bei 3 Enthaltungen angenommen.

3. Fragerunde

Präsident Heinz Gyga: Es sind keine Fragen schriftlich eingereicht worden. Gibt es noch mündliche Fragen?

Riquet Heller, FDP/XMV: Es erstaunt mich, dass keine eingereicht worden ist. Ich dachte, ich hätte sie per Mail eingereicht und bringe sie deshalb als Spontanfrage. Ich glaube, Patrick Hug und der Verwaltungsbeamte im Hintergrund werden die Antwort dafür liefern können.

Es geht um die Kosten einer zweiten Budgetabstimmung. Der Souverän ist im Wesentlichen identisch mit dem Steuerzahler. Und wer zahlt, der befiehlt auch so. Richtig, Luzi Schmid, der Souverän hat immer recht. Und er hat das Budget abgelehnt, Folge ist aber auch, wer so befiehlt, der zahlt auch die Kosten. Frage: Was kostete uns der Spass? Die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission hat in ihrem Bericht zum überarbeiteten Vorschlag Mehrkosten von Fr. 5'000 für den Druck von Abstimmungsunterlagen und Abstimmungsinseraten ausgewiesen. Ich befürchte, dies ist nur die halbe Miete. Die Durchführung eines zweiten Budgetprozesses dürfte effektiv in etwa folgende Kosten verursacht haben:

- a) Aufwand der Verwaltung zur Ausarbeitung des zweiten Budgetentwurfs umfassend 60 Seiten im Eiltempo.
- b) Aufwand des Stadtrats. Er hat vermutungsweise in mehreren Sitzungen den verwaltungsinternen Budgetentwurf durchberaten und genehmigt und die zweite 13 Seiten umfassende Botschaft ans Parlament ausgearbeitet.

- c) Diese Arbeiten von Verwaltung und Stadtrat hat die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission unter der Leitung von Lukas Graf für uns Parlamentarier vorberaten. Resultat ist ein zehnteitiger Bericht. Dies hat sicher Sitzungsgelder generiert, die nicht halbiert worden sind auf den Antrag von Cyrill Stadler.
- d) Die Fraktionen des Parlaments dürften diese rund 80 Seiten, die zu studieren waren, je an einer Sitzung im Hinblick auf die heutige Sitzung durchbearbeitet haben, was ebenfalls mit Sitzungsgeldern verbunden war.
- e) Es kommen die Kosten unserer heutigen Sitzung dazu, nämlich 30 Parlamentarier und 5 Stadträte einen Abend lang zu einem reduzierten Sitzungsgeld, aber dazu noch die Verwaltung, insbesondere die Protokollführung wird uns noch an einer weiteren Bürositzung beschäftigen, und dort wird dieses Protokoll kontrolliert, was seinesgleichen sucht.
- f) Dann kommen noch die Kosten der zweiten Budgetabstimmung durch die Stimmberechtigten hinzu, das dürften in etwa diese Fr. 5'000 sein, die im Budget ausgewiesen sind.

Ich bitte sie, Herren Stadträte, diese Kosten zu quantifizieren bzw. mir vergessen gegangene Kostenpositionen nachzuschieben und ebenfalls zu quantifizieren. Darauf möchten sie uns bitte als Parlamentsmitglieder und der Bevölkerung die Gesamtkosten des zweifachen Budgetprozesses nennen. Um mir den Vorwurf der Kostentreiberei durch die vorliegende Frage zu ersparen, gebe ich mich mit summarischen Kostenschätzungen für die einzelnen Positionen zufrieden. Dies wird auch das Argument beseitigen, dass sie sich auf diese Fragen nicht haben vorbereiten können, weil offensichtlich das Mail nicht bis zum Präsidium unseres Parlaments vorgedrungen ist.

Und dann noch eine zweite Frage, Tüpfchen aufs i: Hat die Stadt im Rahmen der Budgetabstimmung 2016 bereits Beiträge ans Abstimmungskomitee im Sinne des Beschlusses unseres Parlaments vom 27. Mai 2003 über Entschädigungen, geändert am 23. September 2014, bezahlt? Wenn ja, an wen und wieviel?

Stadtpräsident Andreas Balg: Um hier nicht weitere Kosten zu verursachen, eine summarische Zusammenfassung gleich jetzt: Riquet Heller spricht von der halben Miete. Das ist masslos über- oder untertrieben, je nachdem, von welcher Seite man schaut. Ich bin der Überzeugung, es ist nicht mal 10%. Eine genaue Erhebung ist nur mit weiterem Aufwand möglich, das habe ich hier unterlassen, aber ich weiss, dass die Verwaltung insgesamt einige hundert Stunden zusätzlich aufgewendet hat. Bei durchschnittlichen Stundenkosten von etwa Fr. 120 können Sie sich das ausrechnen, pro 100 Stunden Fr. 12'000. Auch der Stadtrat hat zwei ausserordentliche Sitzungen aufgewendet plus die weiteren Besprechungen in den üblichen Stadtratssitzungen plus die Aufwände der FGK natürlich. Ich bin der Überzeugung, dass Fr. 50'000 nicht zu viel sind, aber Fr. 100'000 sind dann wahrscheinlich schon zu viel. Und dazwischen dürfte der Betrag zu finden sein.

Präsident Heinz Gygax: Danke Andreas Balg. Noch eine Antwort an Riquet Heller: Die Fragen sind an den Stadtrat gestellt worden. Der richtige Weg wäre aber gewesen, die Fragen ans Parlamentsbüro zu stellen, also an den Präsidenten. Dies hätte es dann ermöglicht, dass der Stadtrat sich ordentlich hätte vorbereiten und die Antwort auch so hätte geben können. Ich bitte dich, das nächste Mal den offiziellen Weg über das Büro zu gehen. Ich habe es als cc bekommen, ich fühlte mich in dem Sinn nicht direkt angesprochen, weil du es an den Stadtpräsidenten und den Stadtrat gerichtet hattest.

4. Informationen aus dem Stadtrat

Vizestadtpresident Patrick Hug: Zum aktuellen Zwischenstand Haus Max Burkhardt möchte ich sie wie folgt informieren: Nach Vorliegen des Schlussberichts und einer ersten Sitzung der Arbeitsgruppe hat der Stadtrat am 24. Februar vom Verein verschiedene ergänzende Informationen und Unterlagen bis spätestens Ende April gewünscht.

So unter anderem einen Businessplan mit Nutzungs- und Finanzierungskonzept sowie Wirtschaftlichkeitsberechnungen. Mit Schreiben vom 17. März hat uns der Verein unter anderem mitgeteilt, dass er für die geforderten Ergänzungen des sogenannten Businessplans den entsprechenden Auftrag erteilt habe. Der Verein gehe aber davon aus, dass dieser Forderung gemäss Vorgaben eventuell nur mit einer gewissen Verzögerung nachgekommen werden könne.

Bedanken möchte ich mich an dieser Stelle für den guten Meinungsaustausch mit dem Verein und für den konstruktiven Dialog in der Arbeitsgruppe.

Präsident Heinz Gygax: Gibt es noch weitere Informationen aus dem Stadtrat? Wenn das nicht der Fall ist, geschätzte anwesende Besucherinnen und Besucher, Parlamentsmitglieder, Stadtratsmitglieder und Vertreter der Medien, wir sind am Ende dieser Sitzung angekommen und ich danke ihnen allen für die aktive Mitarbeit und das Interesse. Die nächste Parlaments-sitzung findet am 24. Mai 2016 um 19.00 Uhr statt. Ich wünsche allen ein gutes Heimkommen.

Schluss der Sitzung um 19.40 Uhr

Arbon, 4. Mai 2016

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Der Parlamentspräsident:

Die Parlamentssekretärin:

Heinz Gygax

Evelyne Jung